

Die landespolitischen Möglichkeiten der Verbraucherpolitik beschränken sich auf:

1. Ausweitung der Verbraucherberatung am Ort;
2. Verbesserung der Verbraucheraufklärung auf Landesebene durch Programme, Broschüren, Öffentlichkeitsarbeit;
3. Verbraucheraufklärung in der Schule.

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, die Arbeit der Verbraucherzentrale Düsseldorf und der einzelnen Beratungsstellen sowohl quantitativ (mehr Beratungsstellen) als auch qualitativ (mehr Öffentlichkeitsarbeit, Verbraucherkunde in den Schulen) auf eine breitere Basis zu stellen. Sie schlägt ein mittelfristiges Programm zur Erweiterung der Beratungsstellen vor, befürwortet die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Verbraucherberatung um 1 Million und spricht sich dafür aus, daß die Landesregierung ein Aktionsprogramm zur Verbesserung der Verbraucheraufklärung auf Landesebene vorlegt.

F.D.P.: Verbraucherpolitisches Gesamtkonzept notwendig

Eine aktive Verbraucherpolitik ist ein wichtiger Schwerpunkt des von der F.D.P. vertretenen Liberalismus. Ziel aller Maßnahmen muß es sein, die noch vorhandene Asymmetrie in den Beziehungen zwischen Anbietern und Verbrauchern zugunsten eines für unsere Wirtschaftsordnung unerläßlichen Gleichgewichts von Angebots- und Nachfrageseite zu überwinden.

In der Vergangenheit sind für den Verbraucher schon Verbesserungen erreicht worden. Beispielhaft seien genannt: Gesamtreform des Lebensmittelrechts, Novellierung des Arzneimittelrechts, Neuregelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Novelle zum Abzahlungsgesetz, Verbot der irreführenden Werbung, Aufhebung der Preisbindung 2. Hand. Diese von der sozial-liberalen Koalition getragenen Maßnahmen müssen noch ergänzt werden.

Eine zukunftsweisende Verbraucherpolitik setzt ein verbraucherpolitisches Gesamtkonzept voraus, an dem im Wirtschaftsministerium z. Z. gearbeitet wird. Nur so kann vermieden werden, daß die Verbraucherpolitik um des vermeintlichen politischen Erfolges willen weiterhin für kurzfristige, mit Polemik angereicherte Aktionen genutzt wird; sie dienen in keinem Fall einer auch langfristig erfolgreichen Verbraucherpolitik.

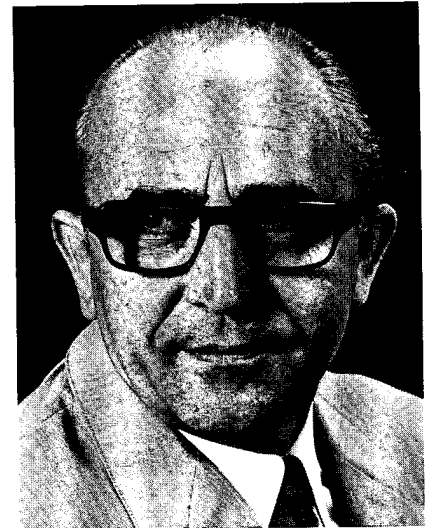
Im Rahmen des Gesamtkonzeptes sollte erreicht werden: eine verstärkte Mehrarbeit der Massenmedien, Verdichtung der Verbraucherberatungsstellen, neues Berufsbild für die Beraterinnen, permanente Fortbildung der Beraterinnen, Standardisierung des Beratungsservices, informationsbezogene Werbung, Versuche zur Prüfung der Möglichkeiten einer Änderung des Ladenschlußgesetzes, Ausweitung der Verbraucheraufklärung in den Schulen und Erhöhung der Mittel im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten.

Porträt der Woche

Friedrich Halstenberg, sozialdemokratischer Minister und juristischer Professor, ist immer korrekt gekleidet, der Schlips fehlt nie, die Anzüge sind von dezenter Farbe, die Umgangsformen stets konventionell bis freundlich, aber nie kumpelhaft vertraulich. Er repräsentiert den gebildeten Bürger im guten Sinn, einen Typus, der immer rarer wird. Und er weiß das. „Ich habe nie den Ballonmützensozialisten zu spielen versucht, sondern immer mit Aufrichtigkeit mich selbst verwirklicht.“ So ist man zu der Frage provoziert, warum Halstenberg 1964 Mitglied der SPD wurde. Die Antwort kommt prompt: Nur in der SPD könne er seine fachlichen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen verwirklichen. Es ist bezeichnend, daß ein Halstenberg den Weg zur SPD über theoretische Überlegungen fand. Insofern ist er ein typischer Intellektueller unter den Landespolitikern. Bei ihm steht nie ein Erlebnis oder eine Emotion am Anfang einer Entscheidung, sondern immer eine Überlegung. Halstenberg denkt gerne. Nachdenken, so sagt er, sei ihm reine Erholung und Freude.

Ein so strukturierter Politiker muß eine Funktion einnehmen wie Halstenberg sie als Chef der Staatskanzlei, als Chefplaner und Chefdenker der Regierung, tatsächlich hat. Aller Repräsentationszauber ist ihm zuwider, auch als Minister für Bundesangelegenheiten. Ihm kommt es auf Verhandlungen am Verhandlungstisch und nicht am Biertisch an. Er hat keine Freude am Witze-Erzählen. Er weiß, daß er nie ein Parteiführer sein kann, der die Emotionen anderer weckt und an sich bindet. Er weist sich deshalb nicht eine Rolle vor der Öffentlichkeit zu, sondern die Rolle intellektueller handwerklicher Tätigkeit hinter dem Schreibtisch.

Und dort, wo sauber gedacht und geplant wird, ist sein Platz nicht erst, seit er 1966 Chef der Staatskanzlei und damit rechte Hand von Heinz Kühn wurde. Friedrich Halstenberg, geboren 1920 in Westfalen, promovierte 1957 an der Universität Köln mit einer Arbeit über das parlamentarische Untersuchungsrecht. Seine Justizausbildung absolvierte er beim Deutschen Städtetag. Weitere berufliche Stationen: Deutscher Städtetag, Volksheimstättenwerk, Verband für Woh-



Prof. Dr. Friedrich Halstenberg (SPD)
Minister für Bundesangelegenheiten und
Chef der Staatskanzlei

nungswesen, Städtebau und Raumplanung, Verband Kommunalen Unternehmen, Ministerialdirigent im Bundeswohnungsbauministerium, Verbandsdirektor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Hinzu kommen 15 Jahre wissenschaftlicher Arbeit als Honorarprofessor. Halstenberg und der Begriff „Planung“ sind fast identisch. Wie er jeden einzelnen Tag bis ins Detail durchplant, sucht er Leerlauf in der Verwaltung zu verhindern. Was planbar ist, soll geplant werden. Politik ist für ihn Generalstabsarbeit, bei der Planung und nicht Intuition entscheidend ist. Überschätzt Halstenberg damit die Möglichkeiten der Planung, ist er ein Planungsfetischist? Danach gefragt, meint er, Planung habe nicht den verplanten Bürger zum Ziel, sondern solle umgekehrt die Chance für jeden Bürger bieten, sich selbst zu verwirklichen. So weist der Intellektuelle Halstenberg sich selbst eine Grenzposition zwischen Verwaltung und Politik zu. Er sieht es als seine Aufgabe an, politische Entscheidungen in Verwaltung umzusetzen und umgekehrt die Verwaltungsvorhaben auf ihre politische Realisierbarkeit zu überprüfen.

Ein solcher Mann auf der Grenze von Politik und Verwaltung wird sich nur schwerlich danach drängen, einen politischen Spitzenplatz einzunehmen. „Ich bin kein Parteiführer.“ Und so ist Halstenberg in den letzten sieben Jahren auch nie dem „Parteiführer“ Heinz Kühn gefährlich geworden. Die Frage der Nachfolge Kühns und die Rolle, die er selber dabei spielen könnte, interessiert deshalb letzten Endes den Planer Halstenberg nicht. Und da zur Planung Ehrlichkeit gehört, ist ihm dies auch zu glauben.

Cornelius Bormann